

Liberaler Energiepolitik

Die FDP Schweiz plant endlich eine **neue, klimapolitische Strategie** (NZZ 16.2.2019). Das ist dringend, weil die in den Achtzigerjahren noch vorbildliche, rationale Strategie der FDP immer mehr opportunistisch aufgeweicht wurde durch ideologische Kriterien: Ziel war nicht mehr eine intakte Umwelt, sondern die kurzfristige Rendite und eine einfache politische Durchsetzbarkeit gegenüber der linksgrünen, hysterischen Angstmacherei nach Tschernobyl und Fukushima. Jede liberale Strategie muss aber auf rationalem, aufgeklärtem *Wissen* basieren, niemals auf ideologischem, fundamentalistischem *Glauben*. Das kann politisch mühsam sein, denn Politik ist halt oft irrational. Langfristig wirksam ist aber nur eine Politik, welche die Realitäten der Natur und des Menschen akzeptiert. Jede liberale Politik bedingt deshalb einen rational funktionierenden Verstand, Geduld und Hartnäckigkeit. Eine strategische Wende benötigt in der Regel die Zeitdauer einer Generation.

Ziel der Energiepolitik ist die sichere, wirtschaftliche und ökologische Energieversorgung, wobei auch die indirekten Kosten (Umweltbelastung, Klima, Risikoversicherung) den Konsumenten voll belastet werden müssen. Bereits vor 35 Jahren forderte die FDP Stadt Zürich folgende Massnahmen zur Zielerreichung: 1. CO₂-Abgabe, die dem Volk zu hundert Prozent rückerstattet wird, zum Beispiel über die AHV. 2. Kein Verbot irgendwelcher Energieformen. Neue AKW müssen bewilligt werden, wenn sie inhärent sicher gebaut werden, was bereits seit 1978 möglich ist [Prof. Wolfgang Kröger et al. (1978)]. 3. Null Subventionen für irgendwelche, angeblich umweltfreundliche, Energieformen. So werden Umwelt und Volkswirtschaft in keiner Weise belastet. Am Ziel und an den zur Zielerreichung notwendigen Massnahmen hat sich seither nichts geändert.

Zur **CO₂-Abgabe**: Heute berücksichtigt sie die indirekten Kosten viel zu wenig. Es gibt zu viele Ausnahmen. Die Wirkung des CO₂-Ablasshandels ist höchst fragwürdig und wissenschaftlich umstritten.

Zur **Kernenergie**: Siehe Überblick von Davide Scruzzi: Die Atomdebatte in sechs Fragen. NZZ FOLIO 04.2011. Das Risiko eines Schadens berechnet sich aus dessen Eintretenswahrscheinlichkeit pro Kilowattstunde mal die Schadenhöhe in Form von Todesfällen und Kosten. Dieses Risiko ist bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe etwa hundertmal höher als bei der Kernenergie und liegt

heute bei weltweit etwa 1 Mio Todesfällen pro Jahr. In Fukushima waren die Kosten hoch, die Anzahl Todesfälle infolge Verstrahlung etwa null. Das hohe Risiko eines Supergaus war der japanischen Tepco AG bekannt, doch im Gegensatz zu Mühleberg hat die Tepco die Vorschriften des Lieferanten (General Electric) missachtet [Bruno Pellaud: Kernenergie Schweiz. Fakten, Hintergründe, Verwirrungen und Politik (2013)].

Autor: Als Naturwissenschaftler und Unternehmer habe ich in den Achtzigerjahren mit «Energiepapst» Michael Kohn an einer Tagung für FDP-Parlamentarier erstmals die Idee einer CO₂-Abgabe lanciert, die zu hundert Prozent über die AHV dem Volk rückerstattet werden muss. Ferner habe ich damals als Stiftungspräsident mit ETH und VW den weltweit ersten Flottenversuch mit Hybridautos durchgeführt (22 Mio Franken) sowie die Strategien für die Energie- und die Verkehrspolitik der FDP Schweiz mitformuliert.

Die Grünen schaden der Umwelt

Keine Partei schadet der Umwelt so sehr wie die Grünen, meist unterstützt von den Sozialdemokraten. Ihre hysterische, ideologische Angstmacherei vor der Kernenergie nach Tschernobyl und Fukushima führt zur Klimaveränderung wegen der fossilen Brennstoffe als Ersatz für die Kernenergie. Dabei sind die Schadenskosten und das Risiko von Todesfällen (Eintretenswahrscheinlichkeit pro Kilowattstunde) bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe etwa hundertmal höher als bei der Kernenergie und liegt heute bei weltweit etwa 1 Mio Todesfällen *pro Jahr!* Die Bauverhinderungen der Linksgrünen mittels restriktiver Bauordnung in den Städten führte zur Zersiedelung des Mittellandes und zum Mehrverkehr. Die grünen Angriffe gegen Klärschlammdünger führten zur Verbrennung des lebenswichtigen Phosphors in Zementwerken und Kehrrechtverbrennungsanlagen, wo doch der Phosphor weltweit nur noch für die nächsten hundert Jahre reicht. Trotzdem meinen viele FDP-Wähler, nur die Grünen machten eine wirksame Umweltpolitik, wer FDP wähle, dem bleibe nur noch das schlechte Gewissen. Dabei war es die FDP Zürich, die in den Achtzigerjahren als weltweit erste die Idee einer CO₂-Abgabe lanciert hat und die für verdichtetes Bauen eintrat.

Hans Wehrli, Zürich/30.3.2019